

Kontakt:

Michael Körner

Katja Himmelmann

Friedemann Muhme

E-Mail: buengerberatung@lakd.brandenburg.de

Telefon: 0331 / 23 72 92 - 21

Telefonische Sprechzeiten:

Montag: 13:00 – 16:00 Uhr

Donnerstag: 13:00 – 16:00 Uhr

Freitag: 10:00 – 13:00 Uhr

Anschrift:

Die Beauftragte des Landes Brandenburg
zur Aufarbeitung der Folgen der
kommunistischen Diktatur

Hegelallee 3
14467 Potsdam

Telefon: 0331 / 23 72 92 - 0
Telefax: 0331 / 23 72 92 - 29

E-Mail: aufarbeitung@lakd.brandenburg.de
Internet: www.aufarbeitung.brandenburg.de

Anfahrt:

Vom Hauptbahnhof Richtung Zentrum mit der
Straßenbahn 92
oder 96 zur Haltestelle Nauener Tor

Bürgerberatung

für politisch Verfolgte in der SBZ/DDR

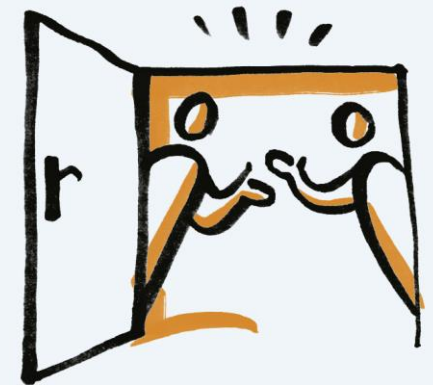


Abb. © visuelles Wörterbuch „bikablo“ emotions, Vertrieb: neuland.com

Unterstützung
im Land Brandenburg

Unser Auftrag:

Heute leben wir im wiedervereinigten Deutschland in lang ersehnter Freiheit und Demokratie.

Doch viele derjenigen, die durch Widerstand und Verweigerung zur Befreiung von totalitärer Macht und Unterdrückung durch das SED-Regime beitrugen, spüren bis heute die Folgen von Diskriminierung, politischer Haft und Zersetzungsmaßnahmen der Staatssicherheit. Ebenso ergeht es denjenigen, die willkürlich Opfer politischer Verfolgung wurden.

Die Landesbeauftragte und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten Menschen des Landes Brandenburg, die in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR in der Zeit von 1945 bis zum Oktober 1989 aus politischen Gründen verfolgt wurden, rechtsstaatswidrige Maßnahmen erlitten oder als Kinder und Jugendliche aus politischen oder sachfremden Gründen in Einrichtungen der DDR-Jugendhilfe eingewiesen wurden.

Auch diejenigen, deren biographische Bezüge vor das Jahr 1945 reichen, werden beraten und unterstützt.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beraten und unterstützen bei

Suche nach Unterlagen

- > des Staatssicherheitsdienstes der DDR und Unterstützung bei der Antragstellung, die Einsicht in die personenbezogenen Stasi-Akten und die Herausgabe nach den geltenden Regelungen des Stasi-Unterlagengesetzes.
- > die die politische Verfolgung und/oder den rechtsstaatswidrigen Eingriff in das Leben des Einzelnen dokumentieren, dazu gehört auch die Unterstützung beim Auffinden von personenbezogenen Unterlagen in Moskauer Archiven.

Rehabilitierungen und Folgeleistungen

- > von strafrechtlicher, beruflicher und verwaltungsrechtlicher politischer Verfolgung in der SBZ/DDR nach dem 1. und 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz.
- > Unterstützung bei der Durchsetzung von Entschädigungs- und Ausgleichsleistung nach erfolgter Rehabilitierung. Dazu gehören auch die Verfahren zur Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden nach dem Bundesversorgungsgesetz.

Suche nach Hilfen

- > und nach Behandlungsmöglichkeiten sowie therapeutischer Unterstützung bei verfolgungsbedingten Belastungen und Gesundheitsschäden.
- > für Hinterbliebene von anerkannt politisch Verfolgten.

Aufarbeitung der persönlichen Lebensgeschichte

- > durch qualifizierte und niedrigschwellige Gesprächsangebote zum Umgang mit der belastenden Verfolgungsgeschichte, den Brüchen in der Biografie oder der Verstrickung in das SED-Herrschaftssystem. Dieses Gesprächsangebot kann auch von Angehörigen Betroffener genutzt werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unterstützen in besonderen Notlagen

Ehemals politisch Verfolgte der SBZ/DDR können aus dem **Härtefallfonds des Landes Brandenburg** einmalige Unterstützungsleistungen erhalten, wenn die politische Verfolgung rehabilitiert wurde, der Wohnsitz im Land Brandenburg ist und aufgrund der wirtschaftlichen Situation eine besondere Notlage besteht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erreichen Sie

- > in der Dienststelle der Landesbeauftragten in Potsdam
- > während der mobilen Beratungstage in den Städten und Gemeinden des Landes Brandenburg. Die Termine werden vorab auf der Homepage angekündigt.